



FDP im Römer

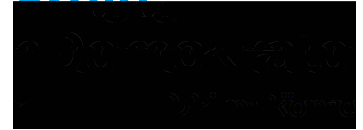
VERKEHRSKONZEPT FRANKFURTER NORDOSTEN

18.05.2017

Die FDP-Fraktion im Römer fordert ein Gesamtkonzept für die Lösung der Verkehrsprobleme im Nordosten von Frankfurt. Schon heute sei der Durchgangsverkehr in den Wohngebieten eine Zumutung für die Anwohner, erklärt die Fraktionsvorsitzende, [Annette Rinn](#). Durch die geplanten Neubaugebiete „Am Eschbachtal“ und „Im Hilgenfeld“ würden sich dieses Problem noch deutlich verschärfen. „Der Magistrat hat ganz offensichtlich keinerlei schlüssiges Konzept, wie er mit dem absehbaren Verkehrskollaps umzugehen gedenkt“, stellt Rinn fest.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Ortsbeirat 10, [Dr. Julian Langner](#), sieht die Ursache der Verkehrsprobleme vor allem in der chronischen Überlastung der Friedberger Landstraße. „Die Autofahrer suchen sich Schleichwege durch Berkersheim und Preungesheim, um den Dauerstau zu umgehen. Wir plädieren weiterhin dafür, diese Schleichwege durch Pförtnerrampeln unattraktiv zu machen“, betont Langner.

Auch die Verkehrsprobleme in Bonames seien gravierend und würden von den Bewohnern des Stadtteils seit Jahren immer wieder beklagt. „Diese Probleme werden sich durch die geplanten Neubaugebiete nochmals deutlich verschärfen, das ist bei der Bürgeranhörung Anfang Mai wohl jedem deutlich geworden. Selbst die Mitarbeiter der Verwaltung haben eingeräumt, dass die derzeitige Verkehrsplanung im Grunde veraltet sei. Es ist daher ganz dringend an der Zeit, ein vernünftiges Gesamtkonzept unter Einbeziehung der Neubaugebiete zu erstellen. Einfach nur bauen, bauen, bauen und die damit einhergehenden Verkehrsprobleme ignorieren – das ist ganz sicherlich das falsche Konzept“, so Langner. Wenn man schon für den Individualverkehr keine Lösungen habe, so müsse auf jeden Fall der ÖPNV ausgebaut werden. Dazu sei zumindest die Verlängerung der U 5 zum Frankfurter Berg schnellstmöglich zu realisieren. Auch eine Verlängerung der Straßenbahnlinie 18 zum Bahnhof Bad-Vilbel Süd mit einem Park and



Ride-Parkplatz am Heiligenstockfriedhof müsse erneut erwogen werden.